



Zürcher Migrationskonferenz

Rede von Stadtpräsidentin Corine Mauch zum Thema: Städte als internationale Akteure: Das Engagement der Stadt Zürich

7. September 2017, Saal der Kirchgemeinde Neumünster

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich möchte in meinem Beitrag den Fokus noch einmal deutlich auf die Städte und ihren Beitrag im Rahmen der aktuellen – und wohl noch lange andauernden – Flüchtlingssituation richten. Es scheint mir wichtig, die Rolle der kommunalen Ebene im Umgang mit den aktuellen Herausforderungen immer wieder hervorzuheben. Warum? Weil es sich hier nicht um ein kurzzeitiges Phänomen handelt, sondern weil Städte auf eine lange Zeit hinaus und in zunehmenden Masse gefordert sein werden, gute Lösungen nicht nur für die Aufnahme und Unterbringung, sondern auch für die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft zu entwickeln.

Die Folgen der aktuellen Massenmigration betreffen die Städte ganz besonders: Zwei Drittel aller Fliehenden halten sich in Städten auf – in der Hoffnung auf Sicherheit, Arbeit und eine neue Lebensperspektive. In der Schweiz beispielsweise zieht jede zehnte aus dem Ausland kommende Person in die Stadt. Neben der Aufnahme und Unterbringung ist die gesellschaftliche und ökonomische Integration heute die zentrale Herausforderung. Das Gelingen- oder Nichtgelingen dieser Integrationsarbeit wird die Zukunft von uns allen beeinflussen.

Gefordert sind alle Städte – in Europa, aber auch in den Krisenregionen selber. An verschiedenen internationalen Konferenzen zur Flüchtlingsfrage wurde einmal mehr deutlich, vor welchen enormen Herausforderungen andere Städte in Europa stehen. Denken wir an Städte wie Lesbos, Lampedusa oder andere italienische Küstenstädte, aber auch an Städte in Deutschland, die in ganz anderem Ausmass noch als wir von dieser menschlichen Tragödie betroffen sind. Was die Situation vieler Städte beispielsweise in Griechenland und Italien noch verschärft, abgesehen von der schier unermesslichen Anzahl der Flüchtlinge, die teilweise buchstäblich an Land gespült werden, ist die Tatsache, dass sie zu wenig Unterstützung vom Staat bzw. von der EU bekommen. Umso mehr hat mich berührt, wie engagiert sich die vielen Kolleginnen und Kollegen dieser Städte für einen von Humanität und Respekt geprägten Umgang mit den Flüchtlingen einsetzen.

Ebenfalls wurde an diesen Konferenzen deutlich, wie wichtig es ist, dass die Städte nicht versuchen isoliert und jede für sich nach Lösungen zu suchen. Austausch, Zusammenarbeit und Solidarität sind unumgänglich, wenn wir eine adäquate Antwort



auf die heutige Flüchtlingsfrage finden wollen. So sind Initiativen wie zum Beispiel die vom Vatikan 2016 organisierte Flüchtlingskonferenz für europäische Bürgermeister/Innen oder das diesjährige Bürgermeisterforum zur Migration und Entwicklung in Berlin bedeutsam, weil sie eine Vernetzung zwischen den Städten aktiv fördern.

Diese Vernetzung trägt dazu bei, dass Städte sich auf nationaler und europäischer, aber auch internationaler Ebene mehr Gehör verschaffen. Es ist ein Missstand, dass gerade diejenigen, die am stärksten dazu beitragen können, dass die geflüchteten Menschen hier eine reale Zukunftsperspektive erhalten und damit die gesellschaftliche Kohäsion stärken, nur marginal in die politischen Entscheide einbezogen werden. Städte verfügen über das nötige Wissen, wenn es um die Aufnahme, Unterbringung und Integration geht. Sie sollen es auch einbringen können.

Zudem gewinnt der Aspekt des Austausches zunehmend an Bedeutung. Nicht alle Städte sind gleich gut gewappnet, wenn es darum geht, geeignete Angebote für die Flüchtlinge zu entwickeln. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Möglichkeiten, sondern auch um vorhandenes Wissen bzw. Erfahrung.

Die Stadt Zürich verfügt über langjährige Erfahrung und ein umfangreiches Wissen im Bereich der Integrationsarbeit. In unserer Stadt leben Menschen aus über 170 Nationen. 3 von 10 Zürcherinnen und Zürchern haben keinen Schweizer Pass. 6 von 10 Zürcherinnen und Zürchern sind nicht hier geboren oder haben Eltern, die ausserhalb der Schweiz geboren sind. Zürich ist eine Stadt, die sich gerade durch diese Vielfalt auszeichnet. Und ich behaupte, das Zusammenleben funktioniert gut in unserer Stadt. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Es braucht vor allem zwei Dinge dafür: die Bereitschaft der Neuankommenden zur Integration und unser Engagement als Gesellschaft für die Integration. Beides ist bei uns vorhanden. Zürich ist eine weltoffene und solidarische Stadt, die der Integrationsarbeit einen sehr hohen Stellenwert beimisst und diese entsprechend fördert – weit über das von Bund und Kanton vorgegebene Mass hinaus. Wir tun dies, weil wir wissen, dass es eine Investition in die Zukunft von uns allen ist.

Im Zuge der durch den Krieg in Syrien stark ansteigenden Flüchtlingszahlen hat der Stadtrat zudem sein Engagement für die Flüchtlinge speziell verstärkt. Auf lokaler Ebene wurden beispielsweise zusätzliche Angebote im Bildungsbereich geschaffen: Deutsch- und Integrationskurse sowie Arbeits-Integrationsprogramme. Zudem stellen wir in der Stadtverwaltung rund 400 gemeinnützige Arbeitsplätze für geflüchtete Menschen zur Verfügung. Denn wir sind überzeugt, dass die Möglichkeit zu arbeiten zentral ist für eine erfolgreiche Integration.

Wir könnten uns damit zufrieden geben, dass es bei uns in Zürich im Grossen und Ganzen gut läuft. Das wollen wir aber nicht und das dürfen wir auch nicht. Der ehemalige deutsche Botschafter in der Schweiz, Otto Lampe, hat unser Land in einem kürzlich erschienenen Gastbeitrag in der NZZ mit einer „Insel der Glückseligen“ verglichen. So ganz unrecht hat er damit nicht, wenn wir betrachten, was uns um herum vorgeht. Für Zürich trifft dies wohl besonders zu. Wir sind aber keine Insel und was



rund um uns herum passiert – in der Schweiz und in Europa –, hat auf lange Sicht auch Auswirkungen auf uns. Deshalb ist es mir wichtig, den Austausch mit Städten ausserhalb der Landesgrenzen zu pflegen, unsere Erfahrung, unser Wissen mit denen zu teilen, die davon profitieren können. Umgekehrt gilt das auch.

Dieser Austausch mit anderen Städten findet statt. Auf politischer Ebene – ich habe die Konferenz im Vatikan als Beispiel erwähnt, aber auch auf fachlicher Ebene.

Ein gutes Beispiel für die europaweite Vernetzung von Städten ist das Städtenetzwerk Eurocities, dem Zürich 2007 beigetreten ist. Eurocities möchte einerseits die Rolle der Städte im politischen Gefüge Europas stärken, ist im Wesentlichen jedoch eine Plattform für den Austausch von Wissen und Best-Practice zwischen mittlerweile fast 200 Städten aus 40 Ländern. Dieser Austausch findet im Rahmen von Foren und Arbeitsgruppen zu allen relevanten Politik-bereichen statt. Die Stadt Zürich engagiert sich im Rahmen von Eurocities in zahlreichen Arbeitsgruppen.

Das internationale Engagement der Stadt Zürich sehe ich als wichtige Komponente unserer Migrations- und Integrationspolitik – in Ergänzung zu dem, was wir auf lokaler Ebene tun können.

Im Folgenden möchte ich Zürichs internationales Engagement speziell im Flüchtlingsbereich anhand von zwei konkreten Beispielen aufzeigen.

Zum einen ist dies die europäische Initiative „Solidarity Cities“. Solidarity Cities ist aus dem Bestreben von Eurocities entstanden, den Städten eine aktivere Rolle in der Flüchtlings- und Asylpolitik in Europa zu geben. In zweiter Linie geht es um die Forderung an die EU und die Nationalstaaten, erstens die lokale Ebene stärker finanziell bei diesen Aufgaben zu unterstützen und zweitens die Städte im Hinblick auf eine fairere Verteilung der „Lasten“ bei der Bestimmung von Quoten mit einzubeziehen. So hat die Stadt Barcelona im Rahmen von Solidarity Cities beispielsweise auch angeboten, direkt zusätzliche Flüchtlinge aus der Stadt Athen aufzunehmen, was am Ende aber an der nationalen Gesetzgebung scheiterte.

Im Oktober 2016 wurde „Solidarity Cities“ auf Betreiben des Bürgermeisters von Athen hin ins Leben gerufen. Schwerpunkt ist der Informations- und Wissensaustausch zur Flüchtlingssituation in den Städten. Noch viel wichtiger: Ziel ist es, Städten, die einen Bedarf haben, ganz konkrete Hilfe zukommen zu lassen. Dabei stützt sich Solidarity Cities auf die langjährige Erfahrung der Eurocities Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ im Bereich des Mentoring von Stadt zu Stadt. Die Stadt Zürich, die durch die Integrationsförderung in dieser Arbeitsgruppe seit vielen Jahren aktiv ist, hat sich nun im Rahmen von Solidarity Cities an einer solchen Mentoring Aktion beteiligt.

Im letzten Juli waren auf Vermittlung der Integrationsförderung zwei Mitarbeitende der AOZ Zürich zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Amsterdam als Mentoren-Team in Thessaloniki.



Thessaloniki wird seine Flüchtling-Camps rund um die Stadt in naher Zukunft schliessen und die Flüchtlinge stattdessen in der Stadt unterzubringen. Dies erhöht unter anderem den Druck auf die städtischen Schulen und den informellen Bildungssektor. Erhöht wird dieser Druck durch die bald auslaufende Finanzierung vieler Bildungsangebote durch internationale Geldgeber. Thessaloniki steht also vor der grossen Herausforderung, künftig geeignete Bildungsangebote, insbesondere im informellen Bildungssektor anbieten zu können und dies ohne staatliche Finanzierung, sondern vornehmlich basierend auf freiwilliger Unterstützung. Die Beratung der Mentorinnen und Mentoren bezog sich vor allem auf den Auf- und Ausbau geeigneter Strukturen im informellen Bildungssektor. In Treffen mit verschiedenen griechischen und internationalen Akteurinnen und Akteuren konnten die Zürcher Vertreter insbesondere ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten einbringen.

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen scheint mir der Ansatz von Solidarity Cities richtig, weil er pragmatisch und konkret ist. In den Städten sind viel Fachwissen und viel Erfahrung vorhanden – es ist wichtig, dass andere davon profitieren können, zum Nutzen der Flüchtlinge und zum Nutzen der einheimischen Bevölkerung.

Deshalb unterstütze ich zusammen mit zahlreichen anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern diese Initiative und setze mich dafür ein, dass die Stadt Zürich sich weiterhin aktiv einbringt. Anlässlich der heutigen Migrationskonferenz freue ich mich, dass auch das Zürcher Testimonial aufgeschaltet wurde.

Wenn wir uns die tatsächliche Verteilung der Flüchtlinge weltweit anschauen, wird klar, dass es vor allem Städte ausserhalb von Europa, in den Krisenregionen selber sind, die dringend Unterstützung benötigen.

Fast 95% der über 60 Millionen Flüchtlinge weltweit kommen gar nie bis nach Europa. Die meisten bleiben in Entwicklungs- und Schwellenländern. In Kontext des Syrienkrieges sind zuvorderst die Nachbarländer Jordanien, Libanon und die Türkei betroffen.

Libanon ist das Land, das gemessen an seiner Bevölkerungsgrösse mit Abstand die meisten syrischen Flüchtlinge aufnimmt. Über 1 Million bei ca. 4 Mio. EinwohnerInnen. In zahlreichen Dörfern hat sich die Bevölkerung durch den Zuzug von Flüchtlingen verdoppelt. Stellen Sie sich dies einmal in Zürich vor! Kommt hinzu, dass Libanon durch jahrelange Bürgerkriege gezeichnet ist und in nahe-zu allen Bereichen ohnehin an seine Grenzen stösst.

Vor diesem Hintergrund ist unser Projekt «Erst-Flucht-Stadt» zu sehen, das wir 2015 im Rahmen unseres flüchtlingspolitischen Aktionsprogramms initiiert haben. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, im Libanon eine der vielen «Erst-Flucht-Städte» partnerschaftlich zu unterstützen – pragmatisch und in direkter Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden vor Ort. Mit dieser «Von-Stadt-zu-Stadt-Hilfe» sollen die dortigen Behörden und die Bevölkerung «ihre» Flüchtlinge besser integrieren können. Ziel ist es, die Unterstützung nicht nur einseitig auf die Flüchtlinge zu konzentrieren. Auch die



lokale Bevölkerung soll von Zürichs Engagement profitieren. Dieser Aspekt ist sehr wichtig, um den sozialen Zusammenhalt in diesen stark belasteten Gemeinden zu fördern und das gute Zusammenleben zu erhalten.

Das Projekt wird in zwei Phasen umgesetzt. In einer ersten Phase wurden 2016 bis 2017 in Zusammenarbeit mit Solidar Suisse drei sogenannte „Community Support Projects“ im Süden Libanons umgesetzt. Bei diesen Projekten ging es um die Renovation und Ausstattung einer Schule, damit diese zusätzliche syrische Flüchtlingskinder aufnehmen kann. Im Rahmen des zweiten Projektes wurde ein Gesundheitszentrum, das rund 20'000 Patientinnen und Patienten aus fünf benachbarten Gemeinden – grösstenteils eher arme Libanesinnen und Libanesen sowie Flüchtlinge – versorgt, renoviert und mit einem medizinischen Labor ausgestattet. Im dritten Projekt wurde ein neuer Trinkwasserbrunnen gebohrt. Das sind keine riesigen Projekte, kommen aber der Bevölkerung vor Ort direkt zunutze.

In einer zweiten Phase möchten wir den direkten Austausch mit einer libanesischen Stadt in den Vordergrund stellen und eine zeitlich begrenzte Projektpartnerschaft mit Tyros im Süden Libanons eingehen. Ziel dieser Kooperation ist es, einen Beitrag zum Auf- und Ausbau von fachlicher Expertise in zentralen Bereichen der kommunalen Dienstleistungen zu leisten und damit zu einer nachhaltigen Stärkung der lokalen Strukturen beizutragen. Auch hier geschieht dies zum Nutzen der lokalen Bevölkerung und der Flüchtlinge gleichermaßen.

Eine Herausforderung und eine Chance zugleich in diesem Zusammenhang ist die schwache Stellung der kommunalen Ebene im Libanon. Die libanesischen Städte verfügen über viel zu geringe finanzielle und personelle Ressourcen, um der eigenen Bevölkerung und den Flüchtlingen dringend benötigte Dienstleistungen zur Verfügung stellen zu können. Von staatlicher Ebene kommt nur ungenügende Unterstützung, vor allem wenn es darum geht, die vielen Herausforderungen anzugehen, die sich durch die Flüchtlingssituation noch verschärft haben. Bedarf besteht in fast allen Bereichen: im institutionellen sowie im technischen Bereich, aber natürlich auch bei den kommunalen Dienstleistungen. Insbesondere die Abwasser- und Abfallwirtschaft und die Trinkwasserversorgung sind am Anschlag.

Wir sind überzeugt, dass wir als Stadt mit nachweislicher Erfahrung in all diesen Bereichen in Ergänzung zur Arbeit vieler NGOs vor Ort einen wichtigen Beitrag leisten können. Auch für die Durchführung dieser zweiten Phase ist die Zusammenarbeit mit einer erfahrenen Partnerorganisation notwendig. Deshalb arbeiten wir mit UN-Habitat in Libanon zusammen, das vor Ort für die Projektdurchführung verantwortlich sein wird. Dieses Programm der Vereinten Nationen hat den Auftrag, die sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung von Städten und Gemeinden zu fördern. Im Libanon trägt UN-Habitat seit vielen Jahren zur Stärkung der lokalen Strukturen bei, unter anderem indem das dortige Habitat-Büro Fachwissen innerhalb der kommunalen Strukturen aufbaut und damit den Gemeinden hilft, die Versorgung der eigenen Bevölkerung und der Flüchtlinge eigenständig sicherzustellen.



Die Gespräche mit Tyros und UN-Habitat sind in vollem Gange und wir hoffen, dass wir im nächsten Januar mit der Umsetzung beginnen können.

Mit diesem speziellen Ansatz der Stadt-zu-Stadt-Kooperation betreten wir Neuland. Wir sind aber überzeugt, dass sich dieses „Wagnis“ lohnt und hoffen, dass diese Art der Kooperation ein Beispiel für andere europäische Städte werden kann.

Denn die Flüchtlingsthematik wird uns künftig in zunehmenden Masse beschäftigen. Auch wenn wir Städte nicht die entscheidenden politischen Akteurinnen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik sind, stehen wir als Hauptbetroffene in der Verantwortung. Diese Verantwortung möchten wir wahrnehmen.

Ich habe es bereits erwähnt, möchte es aber noch einmal wiederholen: Vom Gelingen oder Nichtgelingen unserer Integrationsarbeit hängt sehr vieles ab: gesellschaftspolitisch und ökonomisch.

Die Stadt Zürich nimmt ihre Verantwortung sehr ernst. Wir sehen Integration als eine Gesellschaftsaufgabe. Unser Ziel ist, dass sich alle, die in unserer Stadt leben, unabhängig ihrer Herkunft im Rahmen ihrer Möglichkeiten am wirtschaftlichen und sozialen Alltag beteiligen können.

Und weil wir möchten, dass dies nicht nur in Zürich der Fall ist, werden wir uns auch künftig international solidarisch engagieren.

Vielen Dank!

(Es gilt das gesprochene Wort.)